

„Eine Botschaft der Hoffnung“ – Erinnerungen eines Zeitzeugen

Rede von Prof. Dr. Herbert Alsheimer
beim Abend der George-Marshall-Gesellschaft, 10.2.2010, Landratsamt Hofheim

Der Einladung, hier als Zeitzeuge zu reden, bin ich gern nachgekommen. Nicht zuletzt, weil mit dem Namensgeber der George Marshall Gesellschaft für viele Deutsche, insbesondere für die damals Jungen und für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet, eine Botschaft der Hoffnung verbunden war: und dies nach der schrecklichsten und schmachvollsten Niederlage unseres Landes in seiner Geschichte.

Bilder aus dem Rhein-Main-Gebiet der unmittelbaren Nachkriegszeit

Ich bin in Frankfurt a. M. geboren. Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 bin ich – nach vorübergehender Evakuierung - in meine Heimatstadt zurückgekehrt. Ich wohnte im Gallusviertel und gehörte einer katholischen Jugendgruppe an.

Es herrschte große Not in der zerbombten Stadt: Wohnungsnot, die durch einströmende Heimatvertriebene schier unlösbar wurde; Hunger, Medikamentenmangel, Krankheiten, überdurchschnittlich hohe Säuglingssterblichkeit.

Schon in den letzten Jahren der Nazi-Zeit waren aus Versorgungsgründen Teile der Grünflächen im Frankfurter Anlagenring dem Gemüsebau gewidmet worden. Dort wo heute der Marshall Brunnen steht, wuchsen in großflächigen Anbau blaue Kohlrabi. Daran hat die Nachkriegsadministration zunächst nichts geändert. Denn mit der Besetzung von Frankfurt (am 29.03.1945) hatte sich die Ablieferungspraxis hessischer Bauern – trotz gleichgebliebener Bewirtschaftungsregeln – rapid geändert. Der Naziterror, der die Einhaltung dieser Regeln rigoros erzwungen hatte, war zu Ende. Schwarzschlachten war nicht länger mit der Todesstrafe bedroht. Die Ablieferungen wurden weniger.

Zurück zum Gallusviertel. Dort gab es das Monikaheim, ein von katholischen Ordensschwwestern betreutes Haus für verwahrloste, unorientierte Mädchen. Es wurde von der US Army – aus welchen Gründen auch immer – großzügig mit Lebensmitteln versorgt. Mitglieder meiner Jugendgruppe beförderten täglich mittels der Straßenbahn zwei große Kannen Suppe mit amerikanischen Einlagen in den Hauptbahnhof. Die ökumenische Bahnhofsmision verteilte sie dort an Heimatvertriebene und freigelassene Kriegsgefangene, die in überfüllten Personen- und Güterzügen vorübergehend in Frankfurt Station machten.

Die sich im Hauptbahnhof bietenden Bilder der deutschen Niederlage werde ich nicht vergessen. Ich sah deutsche Frauen und Kinder, aus deren Gesichtern eine Mischung von Hoffnung und Verzweiflung sprach, die stundenlang auf den Steinplatten der Bahnsteige 2-5 saßen und den durchfahrenden Kriegsgefangenen Namen und Fotografien entgegenstreckten: „Wer hat meinen Mann, meinen Bräutigam, meinen Vater gesehen? Letzte Nachricht aus Niederschlesien, Feldpostnummer xyz.“ Und ich sah die Tränen, die in den Augen der Wartenden standen, wenn ein Zug abfuhr, ohne dass sie etwas über ihren Vermissten erfahren konnten.

An den nördlichen Bahnsteigen (20-24), die Anschluss an unseren Rhein-Main-Airport hatten, stiegen gleichzeitig amerikanische Familien aus. Sie waren gut genährt. Die ankommenden Offiziere und Soldaten waren dazu bestimmt, die Kampftruppen der US-Armee abzulösen und Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Militärregierung zu übernehmen. An diesen Gleisen lohnte es sich für hungrige Deutsche, Essensreste und Zigarettenstummel einzusammeln.

Lassen Sie mich diese wenigen Bilder der Not mit einem Blick in die Akten des ehemaligen RP von Wiesbaden abschließen. Am 27. Mai 1947 schrieb der Landrat des Kreises Gelnhausen an die Militärregierung: „Eine ausreichende Sargherstellung im Kreis Gelnhausen ist in Frage gestellt. Die Zahl der Todesfälle ist sehr gestiegen und wird sich wahrscheinlich im Jahre 1947 auf 1500 belaufen. Trotz meiner vielfältigen Bemühungen ist es mir bisher nicht gelungen, die zur Sargherstellung notwendigen Nägel zu beschaffen. Es fehlen mir 240 kg.“

Die Machtausübung in Deutschland nach dem Potsdamer Abkommen

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde auf Seiten der Alliierten zwischen „Siegern“ und „Besatzungsmächten“ unterschieden. Siegermächte waren die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie waren die Teilnehmer der Potsdamer Konferenz über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutsch-

lands. Neben den drei Siegern war auch die französische Republik eine Besatzungsmacht. Ihr hatten die beiden angelsächsischen Sieger ein eigenes Besatzungsgebiet aus „ihren Anteilen“ abgegeben.

Ein gemeinsames Konzept hatten Sieger und Besatzungsmächte nicht. Um es burschikos zu sagen - mit Ausnahme der beiden angelsächsischen Mächte trauten sie sich gegenseitig nicht über den Weg.

Die Mehrzahl der Deutschen nahm dies nicht wahr. Die Suche nach vermissten Angehörigen, die Sorge um eine neue Familienbleibe, der Kampf ums tägliche Brot absorbierten ihre Aufmerksamkeit und ihre Kraft.

Es gab Zeichen der Einmütigkeit unter den Alliierten. Die vollzogene Übereinkunft über die Errichtung eines Internationalen Tribunals in Nürnberg und die Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz; letztere standen von Anfang an auf tönernen Füßen.

Die von den Siegermächten für sich in Anspruch genommene oberste Staatsgewalt in Deutschland – wozu auch die Herrschaft in Ländern, Städten und Gemeinden gehörten – sollte nach den Potsdamer Regeln wie folgt ausgeübt werden:

1. Grundsätzlich von den Oberkommandierenden der Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Besatzungszonen.
2. In allen „Deutschland als Ganzes betreffenden“ Fragen (z. B. Währungsfragen) sollte ein alliierter Kontrollrat nach dem Einstimmigkeitsprinzip entscheiden. Dem Kontrollrat gehörten alle 4 Besatzungsmächte an.
3. Zur Koordinierung der alliierten Deutschlandpolitik sollte ein von Fall zu Fall tagender Rat der Außenminister eingerichtet werden.
4. Vorerst sollte keine einheitliche Regierung für alle Besatzungszonen errichtet werden, jedoch unter Aufsicht des alliierten Kontrollrates sollten gemeinsame deutsche vierzonale Verwaltungsstellen arbeiten – auf den Gebieten des Außenhandels, der Finanzen und der Industrie.
5. Die Einrichtung gemeinsamer Verwaltungsstellen im Bereich der Wirtschaft entsprach einem Wunsch der Amerikaner und der Briten. Diese beiden Regierungen waren bereit, die Deutschen so auszustatten, dass diese sich – auf niedrigem Niveau – selbst erhalten konnten. (Besatzungsdirektive JCS 1067).

Selbst die Erreichung dieses Minimalziels war nahezu unmöglich, wenn es getrennt in vier voneinander abgeschotteten Besatzungszonen hätte erfolgen sollen, zumal Deutschland durch die Abtrennung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und die Isolierung des Saargebietes amputiert war. In solcher Einschränkung konnte eine arbeitsteilige Wirtschaft ihre wohltuende Wirkung nicht entfalten. Dies wussten alle in Potsdam Verhandelnden.

6. Die Sowjets und die Franzosen wollten diese gemeinsamen Verwaltungsstellen dennoch nicht. Ihre Regierungen wollten sich in die Entnahme von Reparationen zugunsten ihrer Länder und in ihre Demontagepolitik nicht hineinreden lassen. Bei den Sowjets war dies ein klarer Wortbruch. Aus Paris hörte man, dass die Französische Republik an den Potsdamer Vereinbarungen nicht beteiligt war und deshalb nicht an sie gebunden sei.

7. Amerikaner und Briten drängten auf die Einrichtung vierzonaler Verwaltungsstellen und weil dies trotz vieler Mühen mit den beiden anderen Besatzungsmächten nicht gelang, handelten sie allein. Sie überließen es den Ländern in ihren Zonen, die zur Bizone wurden, zweckdienliche Verwaltungsabkommen zu schließen. Und weil das Ganze nicht so aussehen sollte, als errichteten die Angelsachsen – entgegen der Potsdamer Übereinkunft – eine zentrale Regierung, wurden die Sitze über die Bizone verteilt: Finanzen in Bad Homburg, Fernmeldewesen in Frankfurt a. M., Wirtschaft in Minden, Ernährung in Stuttgart.

George C. Marshall und Deutschland

Die rücksichtslose Installierung kommunistischer Regime im osteuropäischen Vorfeld der Sowjetunion führte von 1945-1947 zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Beziehungen der USA zur östlichen Siegermacht.

Als Teil einer westeuropäischen Ankersuche verbesserten gleichzeitig die USA ihr Verhältnis zu den Deutschen. Die Berufung George C. Marshalls zum Außenminister der USA am 7.1.1947 war für den nun zu Tage tretenden, offiziellen Wechsel der US-Außenpolitik, nicht ursächlich. Richtig jedoch ist, dass sich dieser Wechsel in seiner Amtszeit vollzog. In George C. Marshall fand die neue amerikanische Politik einen entschlossenen, militärorganisatorisch geschulten Vollstrecker.

- Am 12. März 1947 verkündete Präsident Harry S. Truman vor beiden Häusern des Kongresses die Truman-Doktrin. Amerika wird den freien Völkern helfen, die sich dem Druck bewaffneter Minderheiten widersetzen.
- Etwa gleichzeitig wurde die Besatzungsdirektive für Deutschland JCS 1067 durch die mildere Direktive JCS 1779 ersetzt. Ziel war nunmehr offiziell ein stabiles gleichrangiges Deutschland in Europa.
- George C. Marshall ließ die Außenministerkonferenz, die vom 10. März bis zum 24. April 1947 in Moskau tagte, ergebnislos enden. Einmal, weil die Sowjets und die Franzosen in der Frage gemeinsamer Verwaltungsstellen unnachgiebig blieben, zum anderen, weil sie unannehmbare Forderungen hinsichtlich der Zukunft des Ruhrgebietes und eine Entnahme von Reparationsleistungen aus einer zukünftigen deutschen Produktion stellten.
- Von Moskau aus beorderte Marshall den US-Oberkommandierenden Lucius D. Clay nach Berlin-Tempelhof, wo der Außenminister am 25.4.1947 seinen Rückflug nach Washington unterbrach. Dort erhielt Clay neue Direktiven.
- Am 7. Mai 1947 unterrichtete Oberst Phelps, der US-Stadtkommandant von Frankfurt, den OB Dr. Walter Kolb, dass die ineffizienten, auf die zwei Zonen verteilten, bizonalen Verwaltungsstellen in Frankfurt a. M. zusammengelegt werden sollen. Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet profitieren noch heute von dieser Entscheidung. Der Finanzplatz Frankfurt a. M. der Nachkriegsära wurde an diesem Tage grundgelegt.
- Am 29. Mai 1947 schufen die amerikanische und die britische Militärregierung eine neue besatzungsrechtliche Basis für die Struktur der Bizone. Vorher beruhte sie, wie oben dargestellt, auf Verwaltungsabkommen zwischen den deutschen Ländern. Vom nun mehr neugeschaffenen Wirtschaftsrat im Rahmen seiner Kompetenzen erlassene Gesetze „shall be superior to any German enactment and shall be binding on all courts“. In Deutschland gab es nun wieder eine zentrale, von Deutschen ausgeübte Legislative.
- Am 5.6.1947 verkündete George C. Marshall in einer kurzen Rede vor Harvard Studenten den Plan eines European Recovery Programs (Marshall-Plan). Die Bizone sollte daran beteiligt werden.
- Am 25.6.1947 trat der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Westflügel des Börsengebäudes zu Frankfurt a. M. zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Nur zwei Monate waren nach der Zwischenlandung Marshalls in Tempelhof vergangen: Zwei Monate, die dem Lebensgefühl der besiegten Deutschen eine greifbare Hoffnung verliehen. Und dafür gab es sichtbare Zeichen. Bürger, welche die Bedeutung des Ereignisses verstanden hatten, hissten zum ersten Mal nach dem Krieg schwarz-rot-goldene Fahnen vor der Tagungsstätte des Wirtschaftsrates in der IHK. Die Fahnen mussten wieder eingezogen werden, weil die USA und Großbritannien noch immer international den Vorwurf scheuten, sie errichteten eine eigene deutsche Regierung.

Ein knappes Jahr später – in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1948 – beschloss der Wirtschaftsrat das von Ludwig Erhard eingebrachte Leitsatzgesetz, das wirtschaftliche Begleitgesetz der alliierten Währungsreform.

Erhard betrachtete die Marshallplan-Hilfe „als einen besonders glücklichen Umstand ..., dass wir nicht vor einer fast ausweglosen Situation stehen, sondern dank dieser Unterstützung den sicheren Weg der Gesundung beschreiten können“.

Der Marshallplan war eine tatsächliche Hilfe und eine psychologische Triebkraft für das Gelingen der Währungsreform und damit für den deutschen Wiederaufbau. Wir – gerade als Bewohner der Rhein-Main-Region – sind George C. Marshall und dem amerikanischen Volk zu Dank verpflichtet und es ist gut, dass wir uns in der George-Marshall-Gesellschaft dessen erinnern.